

FORUM

Extra-Ausgabe Stuttgart

Kontakt:
Aron Amm
Hohenheimerstraße 58A
7000 Stuttgart 1
0711/23 68 691

Zeitung der Marxisten in der SPD, Jusos, Gewerkschaften und Schülerrat

Extra-Ausgabe Stuttgart

Dezember '91

50 Pfg. - Solidaritätspreis 1,- DM

Freie Fahrt für freie Schüler!

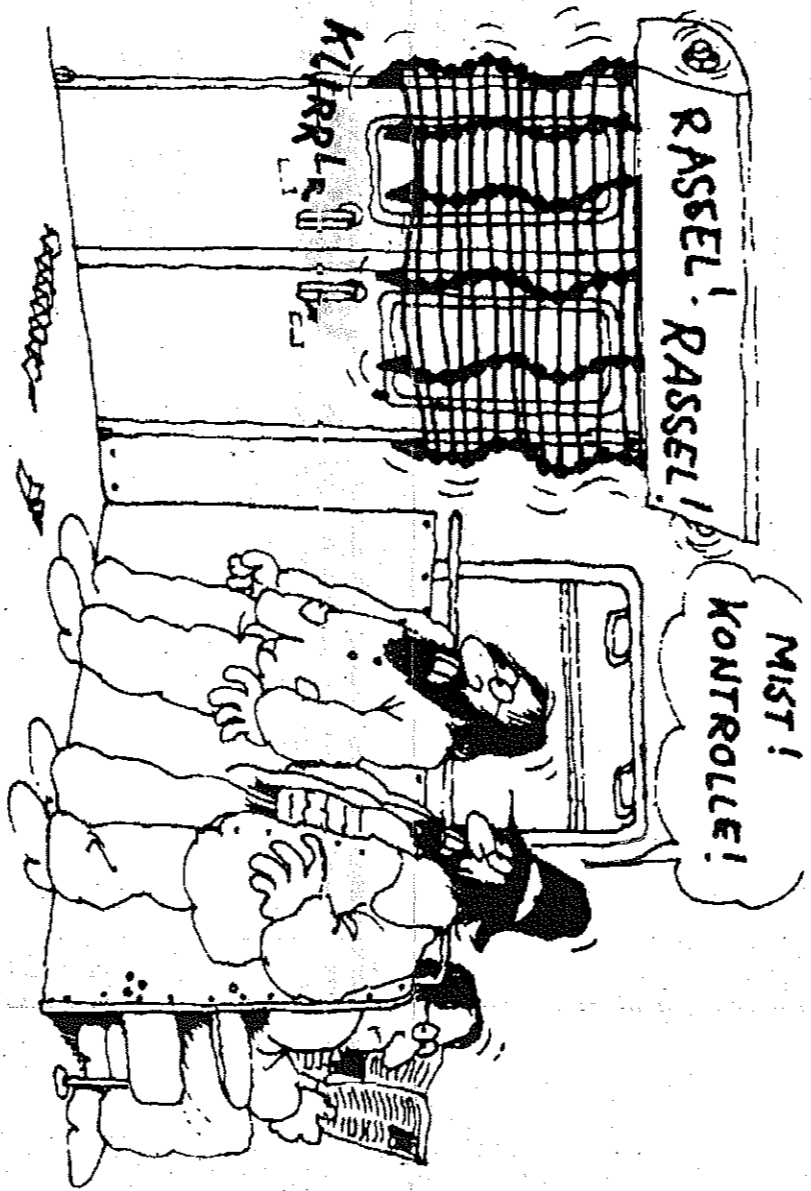
Bahnen frei!

Schon wieder: Fahrpreiserhöhungen, und diesmal extraviel! Mit einer Fahrpreiserhöhungen von 4,9% übertrifft sich der VVS diesmal selber. Aber nicht genug: Eine Neuregelung der Auszubildenden-tarife steht an.

Ab 1.1.1992 wird es das Innenran-mabo nicht mehr geben. Das bedeutet, daß man als Schüler, Student oder Azubi nur eine Monatskarte bekommt, mit der man in den Zonen fahren kann, in denen man zur Schule geht und wohnt. Ein Schüler der also in Stuttgart-Mitte wohnt und dort zur Schule geht, kann samstags nicht mehr in das Stadion nach Cannstatt fahren, ohne einen zusätzlichen Fahrpreis zu zahlen. Der Hammer: Die Schülerabus werden, obwohl sie weniger lesten, nicht billiger, sondern teurer. Was diese neue Regelung bedeutet ist ganz klar: Die Bewegungsfreiheit wird eingeschränkt bzw. bis zu 100% teurer. Da nun die meisten Schüler zusätzlich zu ihrem Abonnement den Paß-Orange-Junior oder, wenn sie über 21 Jahre alt sind, eine reguläre Monatskarte für Jedermann kaufen müssen,

Wer soll den Nulltarif bezahlen?

Die Frage müßte eigentlich lauten: Wer begleicht die roten Zahlen des Autoverkehrs?
Nach Angaben des Heidelberger Umweltinstituts verursacht der Verkehr durch "Unfälle, Lärm, Flächenverbrauch und Verschmutzung von Luft und Wasser mit 298,3 Milliarden Mark fast zwei Drittel aller ökologischen und sozialen Kosten".
Dazu kommt noch, daß seit 1950 auf westdeutschen Straßen 527.000 Menschen starben und 17 Mio. verletzt wurden.



Bewegung von 1989 gegen die Dreilageregelung hatte es zwar nicht geschafft, diesen Angriff zu Fall zu bringen, doch erreichte sie die Einstellung von 1600 Lehrern. Jetzt steht der VVS in Stuttgart alleine auf weiter Flur. Schon nach ein wenig Presseanor von den Studenten und Eltern schwanken er. Wenn wir Schüler jetzt auf die Straße gehen oder streiken können wir den VVS zum umfallen bringen.

Die Erfahrungen aus der Ant-Golfkrieg-Bewegung zeigte die Stärke der Schüler, aber auch die Notwendigkeit einer Organisation, die die Interessen von uns Schülern vertritt, die Kräfte koordiniert und den Kampf organisiert. Der Stuttgarter Schüler-rat ist eine Organisation, die in kontinuierlicher Arbeit für die Rechte von Schülern kämpft. Doch er ist noch schwach. Nötig wäre eine landes- oder bundesweite Interessenvertretung von Schülern durch Schüler in ihrer eigenen Organisation - kurz: eine Schülergewerkschaft.
Daher werde Mitglied im Stuttgarter Schülerrat, hilf mit ihm aufzubauen und kämpfe mit uns gegen diese Regelung.
Jan Kanzleiter,
Mitglied im Sprecherrat des Stuttgarter Schülerrats, Jusos

Wir fordern:

- Sofortige Einführung des Nulltarifs im Großraum Stuttgart.
- Kontrollleure in den Führerstand; Bezahlte Umschulung aller Kontrollleure, bessere Bezahlung der Beschäftigten des VVS.
- Mindestens 10-Minuten-Takt tagsüber auf allen Linien.
- Ausbau des Schienen- und Busnetzes, Aufbau eines Ringverkehrs.
- Ganzwöchiger Nachtbus, Sammeltaxis, die mit dem VVS-Fahrschein benutzt werden können, Taxifahrt von der Haltestelle nach Hause ohne Aufpreis.
- Frauentaxis - die ganze Nacht.
- Abschaffung der 1.Klasse, Platz fürs Rad statt für die Schlipse.
- Radspuren auf allen genügend breiten Straßen.
- Tempo 30 im Wohngebiet; Tempo 100 auf der Autobahn.
- Grüne Welle für Busse und Bahnen.
- Güter auf die Schiene.
- Vergesellschaftung der Auto- und Ölkonzerne, der Banken, Versicherungen und Großbetriebe im Speditionsbereich unter demokratischer Kontrolle von Belegschaften und Gewerkschaften.

Für eine sozialistische Verkehrspolitik

Wie den Nulltarif durchsetzen?

Die riesigen Belastungen für Mensch und Umwelt durch den Autoverkehr sind seit vielen Jahren bekannt; die wichtigsten Gegenmittel auch. Trotzdem geschieht nichts. Stattdessen wird der westdeutsche Autowahn auch in die Ex-DDR exportiert. Wie ist das möglich? Sind die Menschen vernünftig oder zerstörungswütig?

In Wirklichkeit hat der Wahnsinn Methode. Er bringt Konzernbossen riesige Profite, Privilegien und Macht. "Aber die Konzernbosse leiden doch auch unter Umwelzerstörung. Mit einer Luxus-Limousine im Stau zu stehen, ist doch besonders frustrierend.", werden manche einwenden. Es stimmt, daß alle Menschen unter den Folgen des Autowahns leiden. Aber die Schlußfolgerungen, die sie daraus ziehen, sind grundverschieden.

Ein Manager oder Großaktionär, der zu oft im Stau steht, wird sich vielleicht ein Privatflugzeug kaufen oder sonstige Versuche, den Folgen seiner Konzernpolitik zu entkommen. Er wird sie nie ändern, solange sie ihm noch Profite bringt. Zu glauben, daß man an die Einsicht der Kapitalisten appellieren könnte, um sie zu einer anderen Politik zu bewegen, ist Blauäugigkeit. Sie werden natürlich nie offen sagen, daß sie hemmungslos Mensch und Natur zertrampeln, wenn das Kohle bringt. Das würde ja ihr Image und damit ihren Geldbeutel schädigen.

Ablenkungsmanöver

In einer Zeit in der alle umweltbewußt sind, sparen natürlich auch Unternehmer nicht mit salbungsvollen Worten. Aber was unternehmen sie? Sie versuchen, daraus wieder ein Geschäft zu machen. Sie entwickeln "umweltfreundliche" Autos oder eine "intelligente Verkehrs-

leittechnik", die ihrem Image viel nützt - hoffen sie -, aber der Umwelt kann. Im Gegenteil: Dadurch, daß sie von den notwendigen radikalen Maßnahmen ablenken und den Umweltgängstem einen Heiligenschein verpassen, schaden sie der Umwelt. Die Konzerne werden nichts für die Umwelt tun, solange sie nicht gezwungen werden. Aber wer soll sie zwingen und wie?

Die Masse der Bevölkerung hat nicht das Geld, um sich von den Folgen des Autowahns freizukaufen (abgesehen davon, daß, wenn sich alle Privatflugzeuge kaufen könnten, der Himmel auch überfüllt wäre). Sie leiden wirklich unter allen Folgen des Autowahns. Aber können sie etwas dagegen tun?

Was tun?

Sie können zwar alle vier Jahre den Bundestag oder Landtag und alle fünf Jahre den Gemeinderat wählen (wenn sie keinen deutschen Paß haben, nicht einmal das). Sie haben auch das Recht, der Partei ihrer Wahl jedes Jahr 400.000,- DM zu spenden. Das Recht, aber nicht das nötige Kleingeld. Wenn nicht die Daimler-Konzernzentrale sondern die Belegschaft - also diejenigen, die die Werte erzeugt haben, mit denen die Konzernzentrale handelt - über Parteispenden zu entscheiden hätte, hätte die CSU dann auch 400.000,- von Daimler bekommen?

Bei den Machtverhältnissen in dieser Gesellschaft ist es kein Wunder, daß viele sich sagen: "Die da oben machen ja doch, was sie wollen" und gar nicht wissen wollen, was alles geändert werden müßte. Andere denken sich die schönsten Konzepte aus, was alles geändert werden muß ohne einen Gedanken auf die Machtverhältnisse in dieser Gesellschaft zu verschwenden.

Das heißt natürlich nicht, daß man nichts tun kann. Aber es heißt, daß wir für eine Änderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse kämpfen müssen, um notwendige Forderungen, wie den Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr, durchzusetzen. Es heißt auch, daß wirkliche Massenbewegung erreicht werden können.

Angriffe der Kapitalisten und ihrer Regierungen in den verschiedenen Bereichen geben ihnen die Möglichkeit, die Opfer ihrer Angriffe gegeneinander auszuspielen. Sie werden versuchen, uns in Arbeiter, Umweltbewegung, Frauen, Ausländer, Mieter, Arbeitslose usw. aufzuspalten, um die große Mehrheit der Bevölkerung in viele Minderheiten aufzusplitteln. Die alte Leier: Man kann Geld nicht zweimal ausgeben, wenn wir dieses machen. Können wir jense nicht mehr machen. Mit anderen Worten: Wir sollen wählen, ob wir uns lieber die Hand oder den Fuß abhacken lassen. Wir dürfen dieser Politik des Teils und Herrsche keine Zugeständnisse machen.



Mit Maßnahmen wie "Öko-Steuern" oder Wucher-Parkgebühren werden vor allem die "kleinen Leute" bestraft, denen Konzerne und Politiker nicht die Möglichkeit geben, sich umweltgerecht zu verhalten. Unsere Gegner sind nicht die Menschen, die sich heute mit dem Auto durch die Stadt quälen, sondern die Politik und die hinter ihr stehenden Konzerninteressen, die einen attraktiven Öffentlichen Nahverkehr verhindern.

Hinter dem Autowahn stehen die Interessen eines der mächtigsten Wirtschaftszweige der BRD. 1989 waren die beiden umsatzstärksten deutschen Industrieunternehmen Daimler-Benz und VW. BMW, Opel, Ford und Audi kamen auf Platz 11 bis 38. Nur Porsche ist etwas kleiner. Dazu muß man, will man die wirkliche Macht dieser Konzerne abschätzen, noch

Wer wir sind - was wir wollen

Jusos Stuttgart 10. Schwarzfahrerfest

Am 15.2.92 werden wir das 10. Schwarzfahrerfest feiern. The same procedure than last year? - The same procedure than every year. 10 Jahre Schwarzfahrerfest, das sind 10 Jahre Kampf gegen die (zumindest noch überhöhten) Fahrpreise des VVS. Und es sind 10 Feten für eine umwelt- und menschenfreundliche Verkehrspolitik ohne Rücksicht auf die Interessen der Autolobby.

Beim ersten mal wurde uns das "Propagieren einer Straftat" vorgehalten. Immerhin 70 Leute kamen damals. In den letzten 3 Jahren fanden mehr als 10x so viele den Weg ins Feuerwehrhaus. Heute dürfte allen klar sein, daß wir die "Legalisierung einer Straftat" beabsichtigen: Schwarzfahren für alle. Für die, die es sich nicht leisten können, für die, die vom Auto auf den öffentlichen

Verkehr umsteigen wollen und sollen, für Schüler, Rentner und Arbeitslose, für Familien, für Berufstätige auf dem Weg zur Arbeit und um und.

Im Feuerwehrhaus erwarten wir beim 10. mal und der jetzigen deftigen Fahrpreiserhöhung viele Besucher und massiven Protest. Mit politischen Reden, Sketchen und einer Band werden wir - wie immer - für eine andere Politik Druck machen.

Hoffentlich brauchen wir in 10 Jahren kein Schwarzfahrerfest mehr, denn dann haben wir:

Nulltarif statt Großstadtmief!

Kerstin Käfer, Juso-Kreisvorstand Stuttgart



Der real existierende Kapitalismus - die "soziale Marktwirtschaft" - bedeutet für die erdrückende Mehrheit der Welt in der sogenannten "Dritten Welt" (die aber nichts anderes ist als die logische und notwendige Kehreite unserer "Ersten Welt") Hunger, Elend und Krieg. Hier in der BRD haben zwar fast alle zu essen und wir leben recht bequem. Aber zu welchem Preis und wie lange? Die Umwelt geht immer mehr den Bach runter und die Arbeitsetze stieg in den letzten

chen. Deshalb lehnen wir es kategorisch ab, daß die arbeitende Bevölkerung für Umweltschutzmaßnahmen zahlen soll.

"Teile und herrsche"

Mit Maßnahmen wie "Öko-Steuern" oder Wucher-Parkgebühren werden vor allem die "kleinen Leute" bestraft, denen Konzerne und Politiker nicht die Möglichkeit geben, sich umweltgerecht zu verhalten. Unsere Gegner sind nicht die Menschen, die sich heute mit dem Auto durch die Stadt quälen, sondern die Politik und die hinter ihr stehenden Konzerninteressen, die einen attraktiven Öffentlichen Nahverkehr verhindern.

die von ihnen kontrollierten Zulieferbetriebe, die mit ihnen verbundenen Banken, die mit diesen Banken verbundenen anderen Industrieunternehmen, die Beteiligungen dieser Konzerne an anderen Unternehmen usw. hinzurechnen. Der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts ist nicht durch freie Konkurrenz, sondern durch die immer stärkere Verflechtung und "Verwachsung" sowohl der Unternehmen und Banken als auch der Unternehmen untereinander geprägt.

Um den Autowahn zu stoppen, müssen die sieben deutschen Autokonzerne unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt werden. Wir können aber nicht wirksam kontrollieren, was uns nicht geht. Deshalb müssen diese Konzerne vergesellschaftet und unter die demokratische Kontrolle von Belegschaften, Gewerkschaften und Staat gestellt werden. Banken, Versicherungen und andere Großkonzerne werden nicht ruhig zusehen, wie die Autoindustrie vergesellschaftet wird. Sie werden ihre gesamte Macht aufbieten, um das zu verhindern. Wir müssen die Macht der gesamten Großindustrie, der Banken und Versicherungen brechen, mit anderen Worten, wir müssen diese Einrichtungen der Kontrolle der Kapitalisten entziehen.

Für eine vernünftige Verkehrspolitik müssen die Kapitalisten insgesamt entmachtet werden. Einfacher ist es nicht zu haben. Man kann einen Tiger die Krallen nicht einzeln ausreißen.

Wolfram Klein
Jungsozialist,
AG Stuttgart-West

Im Gegensatz zu den Journalisten der bürgerlichen Presse, den Sprechern des Kapitals und den Schulbüchern stimmen wir nicht mit ein in den Abgesang des Sozialismus. Was in Osteuropa und der Sowjetunion gerade zusammenbricht, ist nicht der Sozialismus, sondern seine Entartung, der Stalinismus.

Der Sozialismus ist für uns eine Gesellschaft in der nicht mehr Profitinteressen, sondern die Menschen in ihrem Interesse und im Interesse der Umwelt über die Produktions- und die gesellschaftlichen Verhältnisse entscheiden. Wir verstehen den Marxismus als Methode, als Anleitung zur Analyse der bestehenden Verhältnisse und zum Handeln.

Um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern, muß die Verfügungsmacht über die Wirtschaft den Kapitalisten aus den Händen genommen werden. Wir wollen, daß die Leute, die es angeht, die die Produktion tragen, auch entscheiden, was - und vor allem wie - gearbeitet wird; wir wollen eine von Beschäftigten, Gewerkschaften und Staat/Gesellschaft demokratisch geplante Wirtschaft.

Für diese Ziele werden wir mit unserer Zeitung, Natürlich wollen wir nicht nur rumlabern, sondern in den konkreten Kämpfen zeigen, daß wir die besseren Ideen haben und

Jahren weiter an - wenn es überhaupt einen Job für uns gibt: In der Ex-DDR ging im letzten Jahr jeder vierte Job verloren. Bei den ersten wirtschaftlichen Krisenzeichen kommt der große Kürzungsgangmer: Die neuen VVS-Tarife wurden auch schon mit den "Kosten der deutschen Einheit" begründet.

Wir wollen nicht wie viele andere "Linke" versuchen, den Kapitalismus besser zu managen als die Kapitalisten selbst. Für uns liegt das Übel nicht in den persönlichen Fehlern einzelner Menschen, sondern in der Dynamik des kapitalistischen Systems.

Um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern, muß die Verfügungsmacht über die Wirtschaft den Kapitalisten aus den Händen genommen werden. Wir wollen, daß die Leute, die es angeht, die die Produktion tragen, auch entscheiden, was - und vor allem wie - gearbeitet wird; wir wollen eine von Beschäftigten, Gewerkschaften und Staat/Gesellschaft demokratisch geplante Wirtschaft.

Für diese Ziele werden wir mit unserer Zeitung, Natürlich wollen wir nicht nur rumlabern, sondern in den konkreten Kämpfen zeigen, daß wir die besseren Ideen haben und

daß wir zu den entschiedensten Kämpfern für die Interessen der arbeitenden und lernenden Bevölkerung gehören. So waren Voran-Untersützer seit 1987 auch maßgeblich am Aufbau des Stuttgarter Schülerrats beteiligt.

Entscheidend ist, die Arbeiterklasse, (d.h. alle lohnabhängig Beschäftigten) als Produzenten unseres gesellschaftlichen Reichtums von einem sozialistischen Programm zu überzeugen. Dafür kämpfen wir bei den Jungsozialisten, in SPD und Gewerkschaften, den traditionellen Massenorganisationen der Arbeiterklasse.

SPD und DGB haben das Kampfen verlernt. Sie brauchen frisches Blut von außen, sie brauchen neue Ideen von jungen Mitgliedern, sie brauchen Druck - kurz: sie müssen erneuert werden. Sonst beugen sie sich den Angriffen des Kapitals. Die Arbeiterklasse erwartet aber von SPD und DGB Antworten auf ihre Probleme. Wir wollen SPD und DGB "instandbesetzen".

Deshalb: diskutiert mit Voran, werden aktiv bei den Jusos und im Schülerrat, unterstützt Voran!

Kai Ruff, Juso-Kreisvorstand Stuttgart

VORAN-VERANSTALTUNG!

Dienstag, 17.12.91, um 19:30 Uhr

Ist der Sozialismus tot?

Juso-Kneipe
Senefelder Str. 25 A
(Hintertaus)

